

Herborner Tageblatt.

Zeitung für Dillkreis und Westerwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Erscheint an jedem Werktag.
Bezugspreis: Vierteljahr 3.— Mk.
ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag
J. M. Bed'sche Buchdruckerei
Otto Bed.

Inserate: Kleine Pettizeile 20 Bfg.
Fernruf: Nr. 20.
Postcheckkonto: Frankfurt a. M. Nr. 17518.

Nr. 267.

Mittwoch, den 13. November 1918.

75. Jahrgang.

Aus Liebe zum Volke.

Die Erlasse, Befehle, Anordnungen der neuen Reichsleitung lagen sich. Sie sind knapp und klar, ruhig und bestimmt, treffen den Punkt, auf den es ankommt, mit unmissverständlicher Sicherheit und fassen Vertrauen ein, weil hier ein zielbewusster Wille offensichtlich am Werk ist, dem auch die Kraft innewohnen scheint, sich durchzusetzen. Eine Probe aufs Exempel hat die siegreiche Revolution uns ja eben erst geliefert. Die Männer, die sie gemacht haben, wußten, was sie wollten und waren, als ihnen der Zeitpunkt dafür gekommen schien, unbedingt entschlossen, alle Hindernisse rücksichtslos fortzuräumen. Darin bestand ihre turmhohle Überlegenheit gegenüber den Führern der bürgerlichen Parteien, und gar erst gegenüber den leitenden Männern in Regierung und Verwaltung, und so mußten sie siegen.

Doch um Betrachtungen solcher Art, über die Blühbarkeit und die Notwendigkeit der Umwälzung, ist es uns heute nicht zu tun. Sie konnte niemandem überraschend gekommen sein, der die Zeichen der Zeit in den letzten Wochen und Monaten aufmerksam verfolgt und dabei die ungeheure Angriffskraft der radikalen Opposition auf der einen, die hilflose Ratlosigkeit der Abwehr auf der anderen Seite beobachtet hatte. Heute gilt es, den unabänderlichen Wandel der Dinge mit gefasster Seele hinzunehmen, sowohl die furchtbare Niederlage, mit der unsere Auflehnung gegen die diplomatisch-militärische Eintretung für Deutschland geendet hat, als auch den nicht minder gewaltigen Sieg der Sozialisten und Republikaner aller Schattierungen im Innern des Reiches. Wer sich damit begnügen wollte, zu klagen und zu jammern, die Hände in den Schoß zu legen und in völliger Abgestumptheit nun einfach alles über sich ergehen zu lassen, der würde unsere Lage nur noch mehr verschlimmern — bis zu völliger Verzweiflung. Ist es schon einmal soweit gekommen, daß wir nur noch einen Feind zu bekämpfen haben: den Bolschewismus, dann müssen wir uns auch aufpassen und unsere letzte Kraft daransetzen, daß wenigstens dieser Feind nicht an uns vorbeizieht. Bis jetzt hat er nur vor unseren Toren gelaureit. Aber schon hat er hier und da im Reich und vor allem in der Reichshauptstadt versucht, sein Haupt zu erheben und sich ganz nach russischem Muster auf den Thron zu schwingen. Rufe es zu Unordnungen, zu Verleumdungen, zu Hungerrevolten, er würde unschätzbare hinter ihnen herziehen, und bald hätten unsere Volkswirtschaft das Steuerrohr in der Hand. In der Erkenntnis dieser ungeheuerlichen aller Gefahren sind wir uns alle einig, die Alten und die Neuen, die bürgerlichen und die sozialistischen Parteien in Deutschland. Deshalb gibt es im Augenblick nur ein Gebot für jeden, der sein Volk liebt, der seine Heimat schützen will vor Verwirrung und Verwilderung: mit allen Kräften die Regierung bei der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Lande und bei der Sicherstellung unserer Versorgung zu unterstützen. Es war ein menschlich schönes Wort des Herrn Ebert, mit dem er sich gleich in seinem allerersten Erlaß an die Beamten und die Behörden des Reiches wandte: Er wisse, daß es vielen schwerfallen werde, mit den neuen Männern zu arbeiten, die das Reich zu leiten übernommen haben. Aber er appelliere an ihre Liebe zu unserem Volke. Ein Verlangen der Organisation in dieser schweren Stunde würde Deutschland der Anarchie und dem schrecklichsten Elend ausliefern. So ist es in der Tat. Wer dieses schmerzliche Unheil nicht will, dem bleibt gar keine Wahl: er muß helfen, daß die Verwaltung in Stadt und Land in Ordnung bleibt. Freilich ist es leicht, den Männern, die auch bisher schon ihr Bestes getan haben, um unser Volk durch die schrecklichen Kriegsjahre, so gut es eben überhaupt möglich war, hinwegzubringen, jetzt ein paar schöne Worte zu geben, nachdem man sie entrechtet und den Staat, den sie liebten, mit harter Faust zertrümmert hat. Freilich ist es leicht zu erwidern: Ihr seid ja schuld an dieser furchtbaren Zuspitzung unserer Lage, denn Ihr habt ja gerade diesen Augenblick der höchsten Not dazu benutzt, Euch in den Sattel zu schwingen, statt uns zu helfen, daß es, unter Schonung und Erhaltung des Bestehenden, besser würde, soweit Menschenkraft reicht. Aber was nützt das alles, damit kommen wir keinen Schritt weiter. Entschieden kann und muß allein: die Liebe zu unserem Volke. Wer sich auch jetzt noch den Glauben daran bewahrt hat und wer ihn festhalten kann — trotz aller tieftraurigen Erscheinungen, deren Zeugen wir in diesen Tagen gewesen sind, daß unser Volk wert ist erhalten zu bleiben, wer dieses Volk retten will, gegen die äußeren Feinde, die wir nun bald im Lande haben werden, aber auch gegen die inneren Mächte der Zersetzung und der Knechtung, der muß mit Hand anlegen auch in dieser bittersten Stunde.

Mit gutem Beispiel geht, wie nicht anders zu erwarten war, unser Hindenburg mit seinem Großen Generalsstab voran, mit gutem Beispiel ebenso die Leiter unserer großen Gemeinwesen in Staat und Stadt, die Militärbehörden, die Polizeipräsidenten, kurz alle führenden Männer auf weithin sichtbaren Posten, die doch gewiß alle ohne Ausnahme keine Anhänger der neuen Ordnung sind oder gar der sozialistischen Volksrepublik, auf die wir lossteuern. So wie sie müssen durch das ganze Reich alle Inhaber verantwortungsvoller Posten, von den größten bis herab zu den geringsten, ihre Schuldigkeit tun, wenn nicht unsere Ordnung im Lande vollends zusammenbrechen soll. Auch die ungeschulten freiwilligen Helfer müssen ihre selbstübernommenen Pflichten weiter erfüllen, ja wer es irgend ermöglichen kann, muß seine Dienste ungekürzt der neuen Verwaltung zur Verfügung stellen — denn wir müssen jetzt vor allen Dingen arbeiten, arbeiten und noch einmal arbeiten, um nicht ganz und gar zu versinken in dem allseitsigen Elend dieser Zeit.

Milderung des Waffenstillstandes.

Verlängerung der Räumungsfrist. — Nur 10 Kilometer neutrale Zone. — Lebensmittelzufuhr nach Deutschland über See. — Ausdehnung der Waffenstillstandsfrist.

Die nachträglich eingetroffenen Nachrichten über gewisse Abänderungen der Waffenstillstandsbedingungen scheinen geeignet zu sein, nach dem ersten niederschmetternden Eindruck Hoffnung auf die Möglichkeit eines Aufatmens zu geben. Vom Pariser Eifelturm werden Änderungen des Waffenstillstandes gemeldet und zwar nach einer Meldung der deutschen Bevollmächtigten an die deutsche Oberste Seeresleitung.

Verlängerte Räumungsfrist. — Nur 10 Kilometer neutrale Zone.

In den Artikeln 4 und 5 wird es heißen statt der ursprünglichen Fassung: Eine neutrale Zone wird auf dem rechten Rheinufer zwischen dem Strom und 10 Kilometer (statt 40 und 30 Kilometer) von dort von der niederländischen bis an die schweizerische Grenze vorbehalten. Die Räumung des Rheinlandes, rechtes und linkes Ufer, durch den Feind, wird in der Weise geregelt werden, daß sie innerhalb weiterer 16 Tage, mithin im ganzen 30 Tage (zuerst 14 Tage) nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandes verwirklicht sein kann.

Durch die Herabsetzung der neutralen Zone von 30–40 Kilometer auf nur 10 wird eine bessere Verteilung und Unterbringung der Truppen nach dem Rückzug ermöglicht.

Zufuhr zur See.

Artikel 16, der die Seesperrung behandelt, sagte zuerst, die Blockade sollte aufrechterhalten werden. Die Verbündeten sind aber der Ansicht, daß sie, wenn einmal der Waffenstillstand beschlossen ist, die Fortdauer der Seesperrung die Versorgung Deutschlands in dem von ihm für nötig erachteten Maße nicht behindern sollte. Infolgedessen wird Artikel 16 folgendermaßen lauten: „Die Verbündeten und die Vereinigten Staaten geben die Versorgung Deutschlands während des Waffenstillstandes in dem Maße an, wie sie es für nötig erachten.“

Die Dauer des Waffenstillstandes wird auf 35 Tage ausgedehnt mit der Möglichkeit der Verlängerung. Statt der zunächst ausbedungenen 160 U-Boote sollen nunmehr alle vorhandenen Unterseeboote abgegeben werden. Das bedeutet keine Verschärfung, da unsere Delegierten erklärten, es seien gar nicht mehr 160 U-Boote vorhanden. Bestehen bleiben allerdings die beinahe nicht ausdenkbaren harten Forderungen nach Abgabe unserer Transportsmittel.

Um die Ausführungen der Abmachungen zu den günstigsten Bedingungen zu ermöglichen, ist der Grundlag eines zwischenstaatlichen ständigen Ausschusses angenommen, der unter der Oberleitung der militärischen und seemannischen Kriegsführung der verbündeten Seere stehen wird. Die deutsche Abordnung für die Verhandlungen traf heute auf dem Rückwege wieder in Spa ein.

Der Text der Waffenstillstandsbedingungen

bestätigt in seinen sonstigen Teilen die im Auszug bekanntgewordenen Forderungen der Ententemächte. Der Auszug brachte tatsächlich alle wesentlichen Bedingungen, im weiteren finden sich im Originalschritts nur Ausführungs- und Nebenbestimmungen. Hervorzuheben ist noch, daß Requisitionsrecht verlangt wird für alle von der Entente zu besetzende Gebiete, daß die deutsche Unterhaltungspflicht gegenüber den fremden Truppen nicht auf Eisab-Vorbringen ausgedehnt werden soll, sondern nur auf die Belagerung der Rheinlande Bezug hat. Die Verbündeten sollen freien Zugang zu den von den Deutschen an den Ostgrenzen geräumten Gebieten, sowohl über Danzig wie auch über die Weichsel haben. Deutschland soll sämtliche Häfen des Schwarzen Meeres räumen und die beschlagnahmten russischen Kriegsschiffe den Verbündeten abgeben.

Weitere Erleichterung der Bedingungen.

Es werden amtlich noch folgende weitere Änderungen der ursprünglichen Bedingungen gemeldet:

Die Zahl der auszuliefernden Lastkraftwagen wird auf 5000 statt auf 10000 festgesetzt. Bezüglich der Kriegsgefangenen ist vereinbart, daß die Heimsendung der deutschen Kriegsgefangenen, die in Holland und in der Schweiz interniert sind, wie bisher fortgesetzt wird. Die Heimsendung der deutschen Kriegsgefangenen wird bei Abschluß der Vorliebendverhandlungen geregelt.

Was die Räumung der Ostgebiete anbelangt, so müssen Österreich, Rumänien und die Türkei sofort geräumt werden, die vor dem Kriege zu Russland gehörenden Gebiete sobald die Alliierten unter Verdrängung der inneren Lage dieser Gebiete den Augenblick für gekommen erachten.

Bezüglich Ostafrikas wird bestimmt, daß das Gebiet innerhalb eines Monats von allen deutschen Streitkräften geräumt sein muß.

Amerikanische Lebensmittel für die Mittelmächte.

Rotterdam, 12. Nov. Aus Washington wird drastisch gemeldet: Während einer Ansprache im Kongress sagte Wilson: Die alliierten Regierungen beabsichtigen die Mittelmächte mit Lebensmitteln zu versorgen und sofort eine Unterhaltungsorganisation, wie früher für die besetzten Gebiete, ins Leben zu rufen.

Appell aus Bayern.

Wie Staatssekretär Solf hat auch die Regierung Bayerns — unterzeichnet „Das Ministerium des bayerischen Volksstaates, Kurt Eisner“ — einen Appell gegen die schlimmsten Forderungen der Waffenstillstandsbedingungen an Wilson, dann aber auch an die Regierungen Englands, Frankreichs und Italiens gerichtet. Die Kundgebung verweist zunächst auf die Ergebnisse der revolutionären Erhebung in Deutschland und sagt dann: In diesem Augenblick stürzt auf das junge Bayern die Veröffentlichung der Waffenstillstandsbedingungen der alliierten Mächte herein. Alle Hoffnungen, die wir durch den Erfolg der Revolution hegen durften, sind damit zerstört. Die neue Republik wird, wenn diese entsetzlichen Bedingungen unverändert sein sollten, in kurzer Zeit Wüste und Chaos sein. . . . Werden die Forderungen aufrechterhalten, so gehen wir Zuständen entgegen, die keine menschliche Phantasie sich vorstellen kann. . . . Der Völkerverbund, der das gemeinsame Ideal der Menschheit geworden ist, kann niemals werden, wenn er beginnt mit der Ausrottung des jüngsten Gliedes demokratischer Kultur. Wir beschwören euch, die Regierungen wie das Volk, in einer erhabenen Selbsterfindung die für alle verhängnisvolle Liquidierung des Weltkrieges in gemeinsamer Arbeit der Sieger und Besiegten zu unternehmen.“

Unter der neuen Regierung.

Die bisherigen Staatssekretäre im Amt.

Die Staatssekretäre und die Chefs der Reichsbehörden sind von der Reichsregierung mit der vorläufigen Weiterführung der Geschäfte beauftragt worden. Das Eindringen unbefugter Personen in die Geschäftsräume der Reichsbehörden und die Übernahme amtlicher Geschäfte durch solche Personen ist nicht gestattet.

Der von den Ansehlichen Groß-Berlin gewählte Vollzugsrat des A. S. R. hat seine Tätigkeit aufgenommen. Alle Kommanden, Landes-, Reichs- und Militärbehörden setzen ihre Tätigkeit fort. Alle Anordnungen dieser Behörden erfolgen im Auftrage des Vollzugsrats des A. S. R. Jedermann hat den Anordnungen dieser Behörden Folge zu leisten. Alle seit Beginn der Revolution im Bereiche Groß-Berlin provisorisch gebildeten Körperschaften, auch solche, die den Namen A. S. R. führen und bestimmte Verwaltungsmassnahmen ausgeführt haben, treten sofort außer Kraft.

Demobilisationsamt.

Zur Überführung des deutschen Wirtschaftslebens in den Frieden ist eine oberste Reichsbehörde unter der Bezeichnung: „Reichsamt für die wirtschaftliche Demobilisation (Demobilisationsamt)“ errichtet worden. Mit der Leitung dieses Amtes ist mit Zustimmung des Herrn Kriegsministers der bisherige Oberstleutnant Roeth, Leiter der Kriegskroßhaftsabteilung, beauftragt worden. Alle Zivil- und Militärbehörden werden aufgefordert, den Befehlen des Herrn Roeth in Angelegenheiten der wirtschaftlichen Demobilisation unweigerlich und mit größter Beschleunigung Folge zu leisten.

Wegfall von Zensur- und Versammlungsbefchränkung.

Der Volksbeauftragte für die öffentliche Sicherheit Eichhorn macht bekannt: Die Zensur und alle die Vereins- und Versammlungsfreiheit beschränkenden Vorschriften sind hiermit aufgehoben. Alle Wahl- und Schankwirtschaften haben gleichmäßig um 12 Uhr abends zu schließen. Alle bisherigen sonstigen gesetzlichen und polizeilichen Bestimmungen bleiben bis auf weiteres in Kraft. Das unbefugte Tragen von Waffen seitens der Zivilbevölkerung ist verboten. Sämtliche Beamten der Polizei des Landespolizeibereichs Berlin und der Feuerwehren bleiben bis auf weiteres in ihren Ämtern.

Theater und Banken geöffnet.

Das Verkehrsleben der Bankwelt hat, soweit dies äußerlich an den Bankstellen zum Ausdruck kommt, eine Beeinträchtigung nicht erfahren. Der Verkehr in der Reichsbank, den großen Bankhäusern, den Zweigstellen und Sparkassen wickelte sich vollständig glatt ab. Insbesondere fand eine verstärkte Abhebung von Geldern und Wertpapieren statt. Auch Theater und Kinos sind wieder in Betrieb. Die Universität ist noch geschlossen. Die Angelegenheiten der Studierenden nimmt ein provisorisch gebildeter „Studentenrat“ im Reichstag wahr. Dagegen ist die Handelshochschule wieder in Betrieb.

An das deutsche Volk!

Berlin, 12. Nov. (W. B. A. M. t. l. i. c. h.) Der Rat der Volksbeauftragten veröffentlicht folgenden Aufruf:

An das deutsche Volk!

Die aus der Revolution hervorgegangene Regierung, deren politische Richtung rein sozialistisch ist, setzt sich die Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen.

Sie verhandelt schon jetzt mit Gesetzeskraft folgendes:

1. Der Belagerungszustand wird aufgehoben.
2. Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter.
3. Eine Zensur findet nicht statt. Die Theaterzensur wird aufgehoben.
4. Die Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist frei.
5. Die Freiheit der Religionsausübung wird gewährleistet. Niemand darf zu einer religiösen Handlung gezwungen werden.
6. Für alle politischen Strafen wird Amnestie gewährt. Die wegen solcher Straftaten anhängigen Verfahren werden niedergelegt.

7. Das Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst wird aufgehoben, mit Ausnahme der sich auf die Schlichtung von Streitigkeiten beziehenden Bestimmungen.

8. Die Gesindeordnungen werden außer Kraft gesetzt, ebenso die Ausnahmebestimmungen gegen die Landarbeiter.

9. Die bei Beginn des Krieges aufgehobenen Arbeiter-Schutzbestimmungen werden hiermit wieder in Kraft gesetzt. Weitere sozialpolitische Verordnungen werden binnen kurzem veröffentlicht werden. — Spätestens am 1. Januar 1919 wird der achtstündige Maximalarbeitstag in Kraft treten. Die Regierung wird alles tun, um für ausreichende Arbeitsgelegenheit zu sorgen. Eine Verordnung über Unterstützung von Erwerbslosen ist fertiggestellt. Sie verteilt die Lasten auf Reich, Staat und Gemeinde. — Auf dem Gebiete der Krankenkassenversicherungen wird die Versicherungspflicht über die bisherige Grenze von 2500 Mark ausgedehnt werden. Die Wohnungsnot wird durch Bereitstellung von Wohnungen bekämpft werden. Auf die Sicherung einer geregelten Volksernährung wird hingearbeitet werden. Die Regierung wird die geordnete Produktion aufrecht erhalten, das Eigentum gegen Eingriffe Privater sowie die Freiheit und Sicherheit der Personen schützen. Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten und allgemeinen Wahlrecht auf Grund des Proportionsprinzips für alle Mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen, auch für die konstituierende Versammlung, über die nähere Bestimmung noch erfolgen wird, gilt dieses Wahlrecht.

Berlin, den 12. November 1918.

Ebert, Haase, Scheidemann, Landsberg, Dittmann und Barth.

Die neue Regierung an Generalfeldmarschall v. Hindenburg.

Wie die Vertreter des Kölner Arbeiter- und Soldatenrats aus dem Großen Hauptquartier melden, hat die neue Regierung folgenden Befehl an Hindenburg ergehen lassen:

An den Generalfeldmarschall v. Hindenburg! Wir bitten für das gesamte Feldheer anzuordnen, daß die militärische Disziplin, Ruhe und straffe Ordnung im Heere unter allen Umständen aufrecht zu erhalten sind, daß daher den Befehlen der militärischen Vorgesetzten bis zur erfolgten Entlassung unbedingt zu gehorchen ist und daß eine Entlassung von Heeresangehörigen aus dem Heer nur auf Befehl der militärischen Vorgesetzten zu erfolgen habe. Die Vorgesetzten haben ihre Waffen und Rangabzeichen beizubehalten. Wo Soldatenräte oder Vertrauensräte gebildet sind, haben sie die Offiziere in ihrer Tätigkeit zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung rückhaltlos zu unterstützen.

gez. Ebert, Haase, Scheidemann, Dittmann, Landsberg, Barth.

Hindenburg an die Armee.

Generalfeldmarschall von Hindenburg läßt einen Erlass an die Armee veröffentlichen, in dem er die gewaltigen Taten des Heeres hervorhebt und sagt, daß bei der wachsenden Gegnerzahl und den sonstigen Mißverhältnissen trotzdem die deutsche Regierung sich zur Annahme harter Waffenstillstandsbedingungen entschließen mußte. Aufricht und Stolz, heißt es weiter, gehen wir aus dem Kampfe, den wir über vier Jahre gegen eine Welt von Feinden bestritten, mit dem Bewußtsein, daß wir unser Land unsere Ehre bis zum äußersten verteidigt haben. Schöpfen wir neue Kraft. Dann bittet Hindenburg die Armee um Selbstbeherrschung, Umsicht und Schlichte: Im Kampfe habt ihr einen Generalfeldmarschall niemals im Stich gelassen. Ich vertraue auch jetzt auf euch.

Telegramm der Volksregierung an die Oberste Heeresleitung.

Die Volksregierung ist von dem Wunsche befeuert, daß jeder unserer Soldaten nach den unsäglichen Leiden und den unerhörten Entbehrungen in kürzester Zeit nach der Heimat zurückkehrt. Dieses Ziel ist aber nur zu erreichen, wenn die Demobilisierung nach einem geordneten Plane vor sich geht. Falls einzelne Truppen willkürlich zurückfluten, so gefährden sie sich selbst, ihre Kameraden und die Heimat auf das Schlimmste.

Ein Chaos mit Hunger und Not müßte die Folge sein. Die Volksregierung erwartet von Euch strengste Selbstzucht, um unermesslichen Schaden zu verhüten. Wir ersuchen die Oberste Heeresleitung das Feldheer von vorstehender Erklärung der Volksregierung in Kenntnis zu setzen und folgendes anzuordnen:

1. Das Verhältnis zwischen Offizier und Mann hat sich auf gegenseitiges Vertrauen aufzubauen. Willige Unterordnung des Mannes unter den Offizier und kameradschaftliche Behandlung des Mannes durch den Vorgesetzten sind hierzu Vorbedingungen.

2. Das Vorgesetztenverhältnis des Offiziers bleibt bestehen. Unbedingter Gehorsam im Dienst ist von entscheidender Bedeutung für das Gelingen der Rückführung in die deutsche Heimat. Militärische Disziplin und Ordnung im Heere müssen deshalb unter allen Umständen aufrecht erhalten werden.

3. Die Soldatenräte haben zur Aufrechterhaltung des Vertrauens zwischen Offizier und Mann beratende Stimme in Fragen der Verpflegung, des Urlaubs, der Verhängung von Disziplinarstrafen. Ihre oberste Pflicht ist, auf die Verhinderung von Unordnung und Meuterei hinzuwirken.

4. Gleiche Ernährung für Offiziere, Beamten und Mannschaften.

5. Gleiche Zuschüsse zu den Löhnen, gleiche Feldzulagen für Offiziere und Mannschaften.

6. Von der Waffe gegen Angehörige des eigenen Volkes ist nur in der Notwehr und zur Verhinderung von Plünderungen Gebrauch zu machen.

gez. Ebert, Haase, Scheidemann, Landsberg, Barth.

Deutsch-Österreichischer Anschluß ans Reich

Beschluß des Staatsrats.

Wien, 12. November.

Die von allen Parteien dies- und jenseits der Grenzpfähle schon vor der deutschen Umwälzung sympathisch begrüßte Idee des Anschlusses der deutsch-österreichischen Länder an das Deutsche Reich scheint nun Tatsache werden zu sollen.

Die konstituierende Nationalversammlung soll im Januar 1919 gewählt werden. Sie beruht auf der Verhältniswahl und auf dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Stimmrecht aller Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechtes. Nach den gleichen Grundgesetzen ist das Wahlrecht und das Wahlverfahren der Bundeskreise, Bezirke und Gemeindevertretungen zu ordnen.

Kaiser Karl hat noch nicht abgedankt.

Der Kaiser hat eine Rundgebung erlassen, in der er betont, er wolle den Völkern der Monarchie mit seiner Person in ihrer freien Entscheidung nicht im Wege stehen. Im voraus erkennt der Kaiser die Entscheidung an, die Deutsch-Österreich über seine künftige Staatsform trifft. Für sich verzichtet der Kaiser auf jeden Anteil an den Staatsgeschäften. Die österreichische Regierung wird ihres Amtes enthoben.

In dieser Rundgebung ist von einer Abdankung nicht die Rede. Es hat sich somit der seitliche Zustand entwickelt, daß der Kaiser auf alle seine Rechte und Funktionen verzichtet, aber nicht formell abdankt. Der Kaiser ist nach dem Schloß Eckartsau an der Donau gegangen und wird von dort in der nächsten Zeit nach der Schweiz überfiebern. Bei den Beratungen mit dem Staatsrat wegen der Abdankung schlug dieser dem Kaiser vor, er möge in sein Manifest auch den Satz aufnehmen: „Ich will als freier Bürger unter euch leben.“ Der Kaiser lehnte die Aufnahme dieses Satzes ab.

Verschiedene Meldungen.

Warschau, 12. Nov. Aus Krakau wird gemeldet, daß aus Österreich-Ungarn über die polnischen Länder eine Massenflucht der russischen Gefangenen begonnen hat. Alle Säge sind überfüllt. Auf den Stationen herrscht Chaos. Die Gefangenen schlagen den Wächtern auch vielfach zu Fuß ein und rauben unterwegs alle Lebensmittel. Sie sind im Besitz von Waffen und Munition.

Wien, 12. Nov. Der Staatsrat ordnete infolge der im Umlauf befindlichen Gerüchte über einen gegenrevolutionären Versuch die Verlegung aller Hofgebäude, des Kriegsministeriums und der militärischen Kommandostellen an. Die Umgebung des Schönbrunner Schlosses ist vollständig abgesperrt.

Prag, 12. Nov. Gestern ist hier eine Abordnung des tschechischen Amtes aus Deutschland eingetroffen, um mit der

tschechischen Regierung Verhandlungen zu pflegen. Es dürfte sich um die Frage Deutsch-Böhmens handeln.

Oberst stellt sich zur Verfügung.

Rumänien will noch Krieg führen.

Nach dem Vorgang der Obersten Heeresleitung, die ihre Kräfte in der Sorge um die Wahrung der Ordnung und damit den Interessen des deutschen Volkes den Geboten der Stunde unterstellte, hat nun auch das Oberkommando im Osten seine Bereitwilligkeit erklärt, an der Regelung der Verhältnisse mitzuarbeiten.

Der Berliner AuS. teilt mit: Der Oberbefehlshaber Ost mit den unterstellten Armeen stellt sich in gleicher Weise wie die Oberste Heeresleitung zur Verfügung.

Die Abgeordneten des Kölner AuS. haben im Großen Hauptquartier eine mehrstündige Beratung mit der Obersten Heeresleitung gehabt, die in allen wichtigen organisatorischen Fragen zu einer vollen Einigkeit geführt hat.

Nachträgliche Kriegserklärung Rumäniens.

Die Münchener Morgenblätter bringen Privattelegramme, wonach die neue rumänische Regierung Deutschland den Krieg erklärt und zugleich an Ungarn ein Ultimatum auf Herausgabe der siebenbürgischen Landesteile gestellt habe.

Offenbar fürchten die Rumänen, nachdem sie ihre große Feldrolle in diesem Kriege schon ausgespielt hatten, sie würden nicht als Gleichberechtigte an den Verhandlungstisch gelangen und verdrängen nun nachträglich diese ironische Kriegserklärung. Die Rumänen sollen bereits in die Dobrudscha und Siebenbürgen eingedrungen sein.

Polnischer Einbruch in Oberschlesien und Posen.

Es liegen, wie die Politisch-parlamentarischen Nachrichten mitteilen, verlässliche Meldungen vor, daß sowohl in Oberschlesien als auch im polnischen Gebiet polnische Legionäre und unregelmäßige Verbände eingedrungen sind und raubend und plündernd Besitz von den Ortshäusern ergreifen. Der Rat der Volksbeauftragten hat gemeinsam mit den AuS. energische Maßnahmen beraten, um die deutschen Volksgenossen in diesen Gebieten zu schützen. Truppen sind unterwegs.

Die Bewegung im Reich.

Auch im Osten erfährt die Bewegung immer weitere Gebiete. Königsberg, Allenstein, Insterburg, Gumbinnen, Graudenz, Thorn, Osterode, Posen, Bromberg sind in den Händen der AuS. Abgesehen von kleinen Ausschreitungen ist die Umwandlung überall in Ruhe und Ordnung und ohne Blutvergießen erfolgt.

In Barmen hat die neue provisorische Regierung, bestehend aus Blos, Baumann, Erispien, Heymann, Rieme, Vlesching, Lindemann, Schreiner, als Sachleute für die Fortführung der Verwaltungsgeschäfte Baumann für das Ernährungswesen, Rieme für die Justiz, Vlesching für die Finanzen berufen. Das Verkehrswesen bleibt dem Ministerium des Auswärtigen unterstellt mit dem bisherigen Präsidenten Stieler und Metzger für Eisenbahnen und Postwesen. Die Gestaltung der Dinge erfolgt im Einvernehmen mit dem AuS.

Aus Dresden wird berichtet: Im Plenarversammlungsaal der Zweiten Kammer hat sich am 11. November ein aus Abgeordneten des AuS. bestehendes Vorparlament aufgetan, das dort unter Ausschluß der Presse tagt. Die Führung ist jetzt unbefristet aus den Händen der Mehrheitsfraktionen in die der Unabhängigen übergegangen. An der Spitze stehen der Landtagsabgeordnete Fleischer und der Reichstagsabgeordnete Nölde. Eine Gruppe der neuen Abgeordneten hat sich bereits zu einer Fraktion der internationalen Kommunisten zusammengelassen. Die politische Selbstständigkeit beider Parteien bleibt bestehen.

In Baden soll einem vom Soldatenrat und Wohlfahrtsausschuß in Karlsruhe erlassenen Aufruf zufolge eine auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gebildete Nationalversammlung darüber entscheiden, welche Staatsform — Monarchie oder Republik — für Baden zu wählen ist. Ohne Rücksicht darauf, wie diese Entscheidung ausfällt, soll Baden für die Zukunft ein Bestandteil des Deutschen Reiches bilden. Der Mannheimer AuS. drängt aber in der Frage der Staatsform zu schnellerem Entschluß. Er hat am Sonntag früh die Ausrufung der sozialen Republik beschlossen.

Rote Rosen.

Roman von G. Courths-Mahler.

39. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Und so nahm das Verhängnis seinen Lauf. Das, was Gräfin Gerlinde so heiß vom Himmel erflehte, sollte, zum Teil freilich nur, in Erfüllung gehen.

Graf Henning war nicht auf der Hut vor sich selbst, weil er es für ganz unmöglich hielt, daß er etwas begehen könnte, was seinem Bruder gehörte. Er gab, ohne sich zu wehren, dem unwiderstehlichen Zwange nach, der ihn zu Josta zog, wie eine Naturnotwendigkeit. Und als er später erkannte, welcher Art das Gefühl war, das ihn zu Josta drängte — da war es bereits zu spät.

„Wohl mir“, dachte er jetzt sorglos, „daß ich Josta gleich liebgewonnen habe. Ich werde den Bruder nicht verlieren an eine Frau, der ich innerlich fern stehe. Statt eines Bruders allein, werde ich nun Bruder und Schwester haben.“

Und in seiner sorglosen Glückseligkeit war er ein Gesellschaftler, dessen Proßkinn hinreichend wirkte, und dessen Zauber sich selbst Gräfin Gerlinde nicht entziehen konnte.

Josta war ebenfalls sehr lebhaft und heiter und neigte sich fast übermäßig mit Henning. Seine Gegenwart wog die der Gräfin Gerlinde auf, die sich abtrübselt und von der Lebenswürdigkeit Seite zeigte.

So gab sich Josta unbedünktet der Freude hin, mit Henning zu plaudern. Er kramte einige gemeinsame Erinnerungen aus, über die sie hell auflachen mußte. Einmal, so erzählte er, war er in seinen Ferien, die auf Schellungen verlebte, nach Waldow gekommen. Und da hatte er gesehen, wie Josta ohne alle Vorbereitungen, nur einem Impuls folgend, den ersten Reittour auf eigene Faust genommen hatte. Sie hatte sich einfach ein ziemlich wildes Füllen eingefangen und es, ungesattelt und zügellos, wie es war, zu besteuern versucht. Daß Henning dabei zu-

schauer war, hatte sie nicht geahnt, das erfährt sie erst jetzt.

Mit unglaublicher Energie hatte sie es durchgesetzt, das unruhige Füllen zu besteuern, und hatte sich eben, im Herrenstolz natürlich, zurecht rücken wollen, als das Füllen energisch gebot und seine Weiterin kurzerhand auf den weichen Rasenboden geworfen hatte.

„Und was habe ich dann getan?“ fragte Josta herzlich lachend.

„Sie sind aufgestanden, haben hell aufgelaucht und sich geschüttelt, daß die Hähne flogen und sind dann mit verblüffender Geschwindigkeit wieder hinter dem Füllen hergelaufen. Als Sie es glücklich erreichten, schlangen Sie sich mit einem Satz wieder auf seinen Rücken und behaupteten diesmal das Feld. Ich bekam damals einen gewaltigen Respekt vor Ihrer Energie.“

„All das haben Sie belauscht, Henning! Und ich habe gedacht, daß kein Mensch eine Ahnung gehabt hat von diesem meinem ersten Reittour.“ Bald darauf habe ich aber dann regelrechten Reittourunterricht bekommen von Onkel — ich meine — von Rainer.“

„Sie wurde rot, weil sie „Onkel Rainer“ hatte sagen wollen. Es hatte sich ihr unwillkürlich auf die Lippen gedrängt. Henning ließ ihr aber keine Zeit zur Verteidigung.

Graf Rainer hatte es wohl bemerkt, und es zuckte um seinen ausdrucksvollen Mund, als wollte er sagen: „Wie lange wird es noch dauern, bis sie es verlernt hat, an mich als an Onkel Rainer zu denken?“

Er hatte lächelnd den beiden jungen Leuten zugehört, und er freute sich an Jostas Munterkeit. Aber er mußte auch denken, wie schade es sei, daß er nicht mehr so jung und lebhaft wie Henning sein konnte.

„Ich bin doch wohl zu alt für Josta, zu alt und zu ernst. So wie Henning mühte ich sein, dann würde sie mich lieben können“, dachte er.

Als er sich dieses Gedankens bewußt wurde, erschrak er über sich selbst und zwang sich, an etwas anderes zu denken.

Josta zog ihn jetzt mit ins Gespräch.

„Nicht wahr, Rainer, du wirst mir in Remberg ein Reittier halten und recht oft mit mir ausreiten?“ sagte sie lächelnd.

Da vergaß er alles, was ihn bedrückte. Er sah

in Jostas strahlende Augen und sah sie zu fassen, um sie zu küssen.

„Alles sollst du haben, was du dir wünschst, Josta. Und du wirst mir stets eine Freude machen, wenn du mir einen Wunsch aussprichst. Und nichts wird mir lieber sein, als wenn du mich recht oft auf meinen Ritten begleiten wirst. Dann wird es sein wie in Waldow.“

Unter seinen leuchtenden Blicken wurde sie rot und zog ihre Hand hastig zurück.

„Dann darf ich hoffentlich zuweilen der Dritte im Bunde sein, wenn ich meinen Urlaub in Remberg verbringe. Ich warte nämlich nicht ab, bis Sie mich einladen, liebe Josta, sondern lade mich gleich selbst ein.“

Josta sah ihn freundlich und herzlich an.

„Ich denke doch, Sie sind in Remberg zuhause, Henning. Da bedarf es keiner Einladung, nicht wahr, Rainer?“

Dieser nickte ihr lächelnd zu. Und sich aller beunruhigenden Gedanken entslagend, antwortete er:

„Das weiß Henning natürlich selbst, Josta: aber er möchte es wohl auch von dir hören. — Es geht aber wirklich nicht, daß ihr euch länger das geschwätzige Du vorenthaltet. Ihr müßt Brüderlichkeit trinken.“

Henning sprang sofort auf. Seine Augen leuchteten, als läge ihm dieser Vorschlag so recht aus dem eigenen Herzen. Er trat neben sie und hielt ihr sein gefülltes Glas entgegen.

„Auf Du und Du, liebreizende Schwägerin.“

Josta ließ lächelnd ihr Glas an das seine klingen und tat ihm Bescheid. Er leerte das seine bis auf den Grund. Und dann sagte er mit strahlenden Augen:

„Und nun den Bruderkuß, Josta. Ich grüße dich als mein geliebtes Schwesterlein!“

Mit diesen Worten umfaßte er sie und drückte seine Lippen auf die ihren.

Unbefangen ließ das Josta geschehen. Gegen Henning'sen Kuß wehrte sie sich nicht, wie gegen den Rainers. Aber Henning ließ das Blut heiß in die Stirn, als er Josta in seinen Armen hielt und ihre Lippen berührte. Ein seltsames Gefühl durchzuckte ihn plötzlich, und hastig und unsicher trat er von ihr zurück.

(Fortsetzung folgt.)

In Helsen-Darmstadt wurde der sozialistischen Fraktion der bisherigen Zweiten Kammer die Bildung des Ministeriums übertragen. In einem Aufruf des AuSR. heißt es: Großherzog Ernst Ludwig wird abgesetzt und das Großherzogtum als Republik erklärt. Die großherzoglichen Domänen verfallen dem Lande. Alle Sonderrechte der Geburt und des Standes werden beseitigt. Sämtliche im Großherzogtum befindlichen Fideikommissen sind aufzulösen. Volkshandige Glaubens- und Gewissensfreiheit wird gewährleistet.

Aus Oldenburg wird berichtet, daß Großherzog Friedrich August für sich und die Dynastie auf den Thron verzichtet hat.

Hinsichtlich des Thronverzichtes des Fürsten von Baden und Bormont erhielt der AuSR. auf eine an den Ratskammer in Kassel gerichtete Anfrage die Antwort, die Erledigung dieser Frage sei Sache des Staatsministeriums. Im übrigen wisse man ja noch nicht, wie sich das Badener Volk zur Abdankungsfrage stelle. Mit der Bemerkung, daß eine freiwillige Abdankung aus naheliegenden Gründen zu empfehlen sei, brach der AuSR. die Erörterung zunächst ab.

Verschiedene Meldungen.

Detmold, 12. Nov. Fürst Leopold IV. zur Lippe hat dem Thron entsagt.

Wien, 12. Nov. Die Festung Wien ist seit Sonntag in der Gewalt des AuSR. Das Generalkommando und das Gouvernement haben sich den Soldatenräten unterstellt. Volkshand, Telegraphenamt und Bahnhof sind besetzt.

München, 12. Nov. General Speidel gibt mit Genehmigung des Ministers für militärische Angelegenheiten in einem Erlass bekannt, daß der König zurzeit nicht auffindbar sei.

München, 12. Nov. Wie die Abendzeitung erfährt, beabsichtigen die neuen bayerischen Staatsminister kein Jahresgehalt, sondern eine Dienstaufwendungsentschädigung, die sich in ihrer Höhe wenig von dem Tagelohn eines Landtagsabgeordneten unterscheiden.

München, 12. Nov. Es sind Vorbereitungen im Gange, um aus allen Teilen der bayerischen Bevölkerung Bayerns einen Bauernrat von 50 Personen zu bilden, der zusammen mit dem bisherigen provisorischen Parlament den provisorischen Landtag bilden soll. Nach Konstituierung dieses Bauernrates wird das provisorische Parlament vollständig sein.

Dresden, 12. Nov. Heute nehmen die Organe der Dresdener Polizei bewaffnet und in Uniform den Sicherheitsdienst in der Stadt wieder auf.

Bernburg, 12. Nov. Der Prinzregent hat heute für den Herzog Joachim Ernst von Anhalt auf den Thron, sowie für das herzogliche Haus auf das Thronfolgerecht verzichtet und seinerseits die Regentenschaft des Herzogtums niedergelegt.

Auffständische Bewegung unter französischen Truppen.

Zu der Mitteilung, daß die alliierten Truppen bis auf weiteres Befehl erhalten haben, die jetzt besetzten Linien nicht zu überschreiten, wird an gutunterrichteter Stelle gesagt, man wolle vermeiden, daß die französischen Truppen in Verbindung mit deutschen Truppenteilen kommen, da man befürchtet, daß eine aufständische Bewegung unter den französischen Truppen eintreten könnte.

Revolutionäre Bewegung in England und Frankreich.

Berlin, 12. Nov. Nach zuverlässigen Nachrichten, die dem Volkskammerpräsidenten des AuSR. zugegangen sind, hat sich in England und Frankreich eine revolutionäre Bewegung entwickelt, die schnell an Umfang gewinnt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Eine Kommission des Reichsbundes der Kriegsbefähigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer hat sich mit dem Kriegsministerium in Verbindung gesetzt, um dort die Übernahme des militärischen Versorgungswesens durch sachverständige Vertrauensleute der Kriegsbefähigten in Anregung zu bringen. Vom Kriegsministerium wurde die Prüfung dieser Forderung zugestimmt und ihre Erfüllung in naher Zukunft in Aussicht gestellt.

+ Der Hansabund fordert das deutsche Bürgertum zur sofortigen Bildung von Bürgerausschüssen auf. Die Bürgerausschüsse sollen in Föhlung mit der Reichsleitung und den bestehenden AuSRäten in erster Linie folgende Aufgabe haben: Wahrung der bürgerlichen Rechte und der vollen Gleichberechtigung des Bürgertums bei allen staatlichen Maßnahmen.

+ Die in Straßburg versammelten Mitglieder der Zweiten Kammer des kaiserlichen Landtages haben sich als eiskalt-kriegsähnlicher Nationalrat konstituiert und aus ihrer Mitte einen provisorischen Verwaltungsausschuss ernannt, der Bevölkerung wurde die Konstituierung durch einen Aufruf mitgeteilt.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 12. Nov. Die für Mittwoch, den 13. d. Mts., angekündigte Sitzung des Reichstages findet nicht statt. Auch die auf Freitag, den 15. d. Mts., anberaumte Sitzung des preussischen Herrenhauses findet nicht statt.

Berlin, 12. Nov. Der Deutsche Bankbeamten-Verein, der ungefähr die Hälfte der Bankangestellten Deutschlands umfaßt und mit über 200 Zweigorganisationen über das ganze Reich verbreitet ist, hat sich der neuen Regierung zur Verfügung gestellt.

Berlin, 12. Nov. Die Beamten und Offiziere des Reichs-Marineamts haben sich sämtlich dem AuSR. zur Verfügung gestellt und bleiben im Amt.

Wien, 12. Nov. Präsident Wilson hat an den Präsidenten des Staatsrats, Karl Seig, eine Botschaft gerichtet, in der er die befreiten Völker ermahnt, die begonnenen Veränderungen in Ruhe und Ordnung ohne Gewalttätigkeiten durchzuführen.

Stockholm, 12. Nov. Hier hat unter gewaltiger Beteiligung der Frauen eine große Kundgebung gegen die Vertreibung der Lebensmittel stattgefunden.

Vom Tage.

Abendliche Wahl zur Nationalversammlung. Berlin, 12. Nov. Die Reichsregierung hat in vollkommener Übereinstimmung mit dem Volkskammerpräsidenten des AuSR. beschlossen, nach Beendigung der wichtigen Fragen die Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung vornehmen zu lassen.

Eingreifen der Westmächte in der Schweiz. Bern, 14. Nov. Das „Berner Tagblatt“ kündigt eine bevorstehende Intervention der Westmächte in der Schweiz an, da die bolschewistischen Umtriebe einen großen Umfang angenommen haben.

Das englische Schlachtschiff „Britannia“ versenkt.

Die englische Admiralität teilt mit: Das englische Schlachtschiff „Britannia“ ist am 9. November am westlichen Eingang der Straße von Gibraltar torpediert worden und gesunken. 86 Offiziere und 673 Mann sind gerettet. Die „Britannia“ ist im Jahre 1904 gebaut und hat ein Tonnemass von 18 350 Tonnen. Ihre Besatzung betrug 777 Seeleute. Vierzig Personen sollen nach einer Madrider Meldung ertrunken sein.

Anschlag gegen das Karlsruher Schloß.

Karlsruhe, 14. Nov. Gegen das Reichsschloß wurde in der vergangenen Nacht ein Anschlag verübt, der aber mißlungen ist.

Die Engländer in Odessa.

Jahres, 14. Nov. Das ukrainische Telegraphen-Bureau berichtet, daß der Regierung die Meldung zugegangen ist, die Engländer seien in Odessa eingetroffen.

Die Russen in Holland.

Haag, 12. Nov. Die sozialistischen Führer bemühen sich mit allen Kräften, die umschweifende revolutionäre Bewegung in geordnete Bahnen zu lenken.

Abdrückung der holländischen Armee.

Rotterdam, 12. Nov. Die Demobilisierung der holländischen Armee hat begonnen. In der Zeit vom 14. bis 19. November werden 100 000 Mann entlassen.

Kämpfe zwischen Polen und Ukrainern.

Wien, 12. Nov. In Lemberg haben künftige harte Kämpfe zwischen Ukrainern und Polen stattgefunden. Die Ukrainer behielten schließlich die Oberhand.

Prinz Friedrich Karl jagert.

Köln, 12. Nov. In der Vollziehung des Landtags stellte Professor Ingmann die Antwort des Prinzen Friedrich Karl auf die ihm angebotene Thronkandidatur mit. Der Prinz erklärte, daß er infolge von Umständen, über die er nicht bestimmte, die endgültige Entscheidung aufschieben müsse.

Die russische Arbeiterpartei will mit beraten.

Stockholm, 14. Nov. Nach einer Meldung aus Petersburg hat die Arbeiterpartei beschlossen, eine Abordnung an die Verhandlungsregierungen zu entsenden, um ihnen die Bitte vorzutragen, an den Friedensverhandlungen teilnehmen zu dürfen.

Nachricht des Posener Oberbürgermeisters.

Posen, 12. Nov. Im Verlaufe von Verhandlungen, die zwischen AuSR. und Vertretern der städtischen Körperschaften und von Vereinen und gewerkschaftlichen Organisationen stattfanden, trat Oberbürgermeister Dr. Wilm von seinem Amte zurück. Die Geschäfte des Oberbürgermeisters hat vorläufig Rechtsanwalt und Stadtverordneter von Dr. Wilm übernommen.

Zum Aufenthalt des Kaisers in Holland.

Dem „Allgemeinen Handelsblatt“ wird aus dem Haag gemeldet, daß die niederländische Regierung wegen des Aufenthaltes des Kaisers in Holland keine Beschränkung erheben wird. Er befindet sich als Privatperson in der gleichen Lage, wie andere Flüchtlinge in fremden Ländern. Von dem früheren Kaiser soll nicht verlangt werden, daß er das übliche Ehrenwort der Internierten gibt. Es wird stillschweigend angenommen, daß er über diesen moralischen Verpflichtungen steht. Es wird ihm eine ziemliche Bewegungsfreiheit zugestanden.

Der Kronprinz bei den Truppen an der Front.

Die Meldung, daß der frühere Kronprinz sich mit dem Kaiser nach Holland begeben hätte, ist, wie B.L.W. erfährt, nicht richtig. Der frühere Kronprinz befindet sich bei den Truppen an der Front.

Nach Meldungen von der deutsch-dänischen Grenze ist Prinz Heinrich bereits am Freitag in Dänemark eingetroffen und hat in dem südjütischen Städtchen Vandrup Aufenthalt genommen.

Verschiedene Meldungen.

Essen a. Ruhr, 12. Nov. Bei der Firma Krupp in Essen wurden bisher 10 000 auswärtige Arbeiter entlassen.

Karlsruhe, 12. Nov. Der frühere Reichskanzler Prinz Max von Baden ist gestern in Karlsruhe eingetroffen. In seiner Begleitung befanden sich der Herzog und die Herzogin von Brachmelo.

Berlin, 12. Nov. In den kleineren Gemeinden in der weiteren Umgebung Berlins sind zum Teil Bürgerwehren begründet worden. Sie üben auch nachts Wachtdienst aus, um Einbrüche und Diebstähle zu verhindern.

Amsterdam, 12. Nov. Nach Meldungen aus Washington sind nun alle noch nicht verhandelten Aufrufen für den Willkürdienst zurückgezogen worden.

London, 12. Nov. Das Munitionswesen des Reichs ist nun in die Hände der Arbeiter übergegangen. Die Erzeugung sämtlicher ohne sofortige allgemeine Entlassung der Arbeiter einzuführen.

Berlin, 12. Nov. (W.B.) Nach Meldung eines Verbindungsoffiziers in Budapest stellte die ungarische Regierung der ersten Armee und der Armee Madens je sechs Züge täglich zum Abtransport zur Verfügung.

Bern, 12. Nov. (W.B.) Die Gesandtschaft der russischen bolschewistischen Regierung, die immer noch in der Schweiz anwesend war, ist heute unter militärischer Eskortierung in 15 Automobilen von Bern an die Landesgrenze befördert worden. Der Bundesrat hat vor einiger Zeit ihre Ausweisung beschlossen.

Aus Nah und Fern.

Herborn, den 13. November 1918.

* Wir werden um Veröffentlichung des nachstehenden ersucht:

Die gestern abend im „Deutschen Haus“ zu Herborn abendliche Volksversammlung nahm einen der großen Sache in keiner Weise würdigen Verlauf. Dies wurde dadurch herbeigeführt, daß während der ganzen Dauer der Versammlung von fast nichts anderem als von kleinbürtigem Lebensmittelmangel die Rede war. Es wurden Dinge vorgebracht, die nicht geeignet sind, die Begeisterung für den im Werden begriffenen neuen freien deutschen Staat wachzurufen. Der Soldatenrat war durch eine Persönlichkeit vertreten, die nicht imstande war, die neuen Pflichten eines jeden Deutschen, der mithelfen will, ein neues freies Deutschland aufzubauen, in klarer, verständlicher Rede darzulegen. Der Redner des Soldatenrates brachte außer lauter Nebenächlichkeiten meist schlechte Witze vor, die nur geeignet waren, seine Stellung zu untergraben und die ernste Sache in ein lächerliches Licht zu stellen. Es gehört auf einen solchen Posten ein Redner, der als befähigter Mann,

als Persönlichkeit in der Lage ist, geistige Anregungen und Vorschläge in klarer, verständlicher Rede vorzutragen und nicht, wie es leider hier geschehen ist, große, breite Erzählungen über Dinge vorzubringen, die mit dem hohen Ziel der Volksbewegung nicht vereinbar sind. Der Zweck der gestrigen Versammlung war doch der, die der Bewegung noch fernstehenden Volksteile aufzuklären und nicht große Verlesungen von Personennamen zu veranstalten, die nur den Zweck haben können, den Parteizwist und die Feindschaft zu schüren. Es müssen alle Parteien verständnisvoll zusammenarbeiten und vor allem müssen dazu befähigte Leute an die Spitze der Bewegung treten. Nicht aber darf es ein Mann sein, der immer und immer wieder seine eigene Person in den Vordergrund des Ganzen stellt. Der Schreiber dieser Zeilen ist zwar noch jung und unerfahren, doch so viel hat er schon von dem Geiste der Zeit erfährt, daß es dem Gelingen des im Werden begriffenen Werkes nur schadet, wenn so verfahren wird, wie es gestern hier geschehen ist. Max Schreiber.

* Wir sind plötzlich in eine neue Ordnung unserer staatlichen Verhältnisse eingetreten. Eine Volksregierung steht an unserer Spitze. Deutschland soll sich in einen Volksstaat umbilden. Große, folgenschwere, verantwortungsvolle Aufgaben harren ihrer Lösung. Alles ist im Fluß. Nur wenn das was gut war im Alten, sich zusammenschließt mit dem, was gut ist im Neuen, gibt es ein gesundes Fortschreiten. Vor Allem gilt es Ruhe zu bewahren und jede Unruhe im Keime zu ersticken! Nur wenn die strengste Ordnung gewährleistet, gesichert und aufrecht erhalten wird, können alle guten Kräfte sich entwickeln, die unser Volk braucht, um in geordneten Verhältnissen zu bleiben und vor Aufruhr und Anarchie bewahrt zu werden. „Wo rohe Kräfte sinnlos walteten, da kann sich kein Gebild gestalten.“

Es ist jetzt aber keine Zeit zu nörgeln und zu streiten; wir dürfen uns auch nicht schmollend oder tadelnd von der Mitarbeit zurückziehen, wir dürfen auch der neuen Ordnung der Dinge uns nicht widersetzen, wenn uns dieses und jenes nicht paßt, wir müssen jetzt alle nur ein Ziel im Auge haben, unserm so schwer heimgesuchten Volke zu helfen. Soldaten und Zivilisten, Stadt und Land, Arbeitgeber und Arbeiter, Gelehrte und Ungelehrte müssen Hand in Hand gehen, jeder Bürger muß seiner gewohnten Arbeit nachgehen und auf seinem Posten bleiben, einer braucht den andern. Die Sicherheit der Bürger und des Eigentums muß geschützt werden, damit kein Licht- und arbeitscheues Gesindel sein Wesen treibt und ein wirres Durcheinander entsteht, wodurch die Ernährungsnotwendigkeiten zur Hungersnot führen würden. Die Volksernährung ist besonders durch die Rückkehr unseres Millionenheeres und durch die unheimlichen Waffenstillstandsbedingungen so furchtbar erschwert, daß, wenn noch Plünderungen von Nahrungsmitteln dazu kämen, viele unserer Volksgenossen verhungern müßten. Um des Ganzen willen muß jeder Opfer bringen. Auf Kosten der Mitmenschen jetzt an sich zu denken, wäre schändliche Selbstsucht und Verrat am Volke. Mit Recht weist der neue Reichskanzler in seinem Aufruf vom 9. November darauf hin, daß es jetzt die erste Pflicht ist, die Produktion von Nahrungsmitteln nicht zu stören und ihre Zufuhr in die Städte nicht zu hindern, sondern zu fördern. Warnend sagt er: „Nahrungsmittelnot bedeutet Plünderung und Raub mit Glend für alle. Die Menschen würden am schwersten leiden, die Industriearbeiter am bittersten getroffen werden.“ Die neue Regierung will nach der Erklärung des neuen Reichskanzlers das deutsche Volk vor Bürgerkrieg und Hungernot bewahren. Darin sie zu unterstützen, muß jedem gesinnungstüchtigen Bürger heilige Pflicht sein. Alle Behörden und Beamten in Stadt und Land rufen die jetzige Regierung zur Pflicht auf; diesem Rufe muß jeder folgen, damit keine anarchistische Bewegung entsteht, die unser Vaterland völlig ins Verderben stürzen würde. Da der Reichskanzler aller Bürger Mithilfe bei diesen Bestrebungen dringend verlangt, so müssen wir ihn darin kräftig unterstützen.

Mitbürger! Jetzt ist Ruhe des Bürgers erste Pflicht! Jede Aufregung, jedes unnütze Gerede, jedes feige und bequeme Zurückziehen von der Mitarbeit kann unserm Volke nur schaden. Besonders müssen wir uns der Jugend annehmen und ihrer Verwilderung wehren. Jeder muß mit den Gaben und Kräften, die er empfangen hat, dem Gemeinwohl dienen. Wir müssen uns selber verleugnen zum Wohle des Ganzen, und wenn wir auch äußerlich besiegt sind, nach inneren Siegen trachten in Ruhe und Geduld und Sorge für die nächsten, besonders auch für die heimkehrenden Krieger. Sich selbst bekriegen, ist der allerschwerste Krieg, sich selbst besiegen ist der allerschönste Sieg.“ Der bessere Teil unseres Volkes kennt doch etwas Höheres und Besseres, als zu essen und trinken und um das goldene Kalb zu tanzen. Möchte diese Gesinnung immer mehr die Herzen unseres Volkes ergreifen, dann wird es auch besser werden. Nur Gerechtigkeit erhöht ein Volk, aber die Sünde ist der Reute Verderben.

Mitbürger, jetzt heißt es: Arbeiten und nicht zweifeln! Knodt, Professor.

Höchst a. M. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat von sämtlichen Bürgermeistereien des Kreises Besitz ergriffen und deren Verwaltung übernommen.

Frankfurt a. M. 12. Nov. Am Donnerstag, den 14. d. Mts., nachmittags 2 Uhr, findet in Köln eine Delegiertenkonferenz aller Arbeiter- und Soldatenräte von Rheinland-Westfalen statt.

Frankfurt, 12. Nov. Der Frankfurter Arbeiter- und Soldatenrat übernahm die hiesige Stadtverwaltung, die sich bereit erklärte unter dem Arbeiter- und Soldatenrat zum Wohle der Stadt weiterzuarbeiten. Dem Magistrat wurden zwei Arbeiter- und Soldatenräte zur Mitarbeit beigegeben.

Auch die heutige Stadtverordnetenversammlung erkannte den Arbeiter- und Soldatenrat als oberste Gewalt an. Auf dem Rathaus wird die rote Flagge gehißt. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß sodann, die Einführung des 8 Stunden-Arbeitstages in den städtischen Betrieben. Zur Beschaffung von Kleidung für die heimkehrenden Krieger wurden 2 Mill. Mark bewilligt.

Frankfurt. Die Stadtverordnetenfraktion der Fortschrittlichen Volkspartei brachte bei der am Dienstag stattfindenden Stadtverordnetenversammlung folgenden dringlichen Antrag ein: Die Stadt Frankfurt a. M. noch erfüllt von der großen Ueberlieferung des Jahres 1848 bittet die Reichsregierung, die verfassunggebende Nationalversammlung nach Frankfurt in die Paulskirche zu entziehen, deren Pforten sich vor allem auch den Abgeordneten Deutsch-Oesterreichs öffnen würden.

Am gestrigen Montag fand auf Einladung des Soldaten- und Arbeiterrates in der Handelskammer eine Besprechung mit den Vertretern sämtlicher Banken und Bankiers statt. Die Vertreter der Reichsbank und des Magistrats erklärten, daß die Zahlung der Arbeiter- und Soldatenlöhne wegen Mangel an Zahlungsmitteln nicht auf Schwierigkeiten stoße, und eine Verschleppung von Geld nach dem Auslande ausgeschlossen ist. Die Banken treffen Maßnahmen, daß das Hamstern von Noten unterbleibt und der bargeldlose Verkehr unter allen Umständen aufrecht erhalten bleibt. — Die Frankfurter Börse blieb am Samstag und Montag geschlossen.

Erbenheim. Eine hier einquartierte Tankabteilung war Samstag früh mit dem Verladen von Tanks und Autos beschäftigt, als ein Tank plötzlich explodierte. Durch umherfliegende Stücke wurden zwei Soldaten schwer verletzt. Der Tank brannte vollständig aus.

Worms. Bei einem Streit erstach auf offener Straße der 20jährige Arbeiter Ludwig Reinhardt seinen eigenen Vater, den 54jährigen Maurer Franz Reinhardt. Der Täter stellte sich selbst der Polizei.

Berlin, 12. Nov. Die Erfahrungen der letzten Zeit beweisen, daß das deutsche Bürgertum als solches, selbst den schwersten inneren Umwälzungen tatlos gegenübersteht. In dieser entscheidenden Stunde fordern wir das deutsche Bürgertum zur sofortigen Bildung von Bürgerausschüssen überall in Deutschland zu schreiten auf. Diese Bürgerausschüsse haben in Fühlung mit der Reichsleitung und den bestehenden Arbeiter- und Soldatenräten in erster Linie folgende Aufgabe zu lösen: Wahrung der bürgerlichen und vollen Gleichberechtigung des Bürgertums bei allen staatlichen Maßnahmen. Zur Bildung eines solchen Bürgerausschusses für Groß-Berlin haben wir bereits die nötigen Schritte. Der Hansabund: Dr. Meier.

Explosion eines Geschosßfabrikwerks. Aus Bahn (Rheinland) wird gemeldet: Am 9. November, morgens 7 Uhr explodierte das Geschosßfabrikwerk. Die in der Nähe befindlichen Betriebs- und Speichergebäude sind stark in Mitleidenschaft gezogen. Es gab viele Verwundete. Die Zahl der Toten konnte bis jetzt noch nicht festgestellt werden.

Zum Tode Victor Adlers.

Victor Adler, seit dem Umsturz in Oesterreich Staatssekretär des Auswärtigen im deutsch-oesterreichischen Nationalrat, hat den Erfolg der deutschen Revolution, die Verwirklichung seiner Ideen, nur noch zwei Tage erlebt. Durch seinen Tod erleidet nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch ganz Deutsch-Oesterreich wie auch Deutschland — infolge der Wechselbeziehung beider Staaten — einen außerordentlich schweren Verlust. Freund und Feind sind darin einig, daß er bis zu seiner letzten Lebensstunde ein aufrechter, ehrenwerter Mann gewesen.

Am 24. Juni 1852 als Sohn einer bürgerlichen Prager Familie geboren, kam er als Student der Medizin nach Wien, um sehr bald an der neuen Arbeiterbewegung teilzunehmen. Nach Beendigung seiner Studien reiste er nach England, wo er sich mit den sozialen und gewerkschaftlichen Einrichtungen vertraut machte. Seine große Volkstümlichkeit verdankte er namentlich der von ihm begründeten „Arbeiterzeitung“, deren Leitung er erst vor wenigen Jahren infolge eines schweren Herzleidens an Friedrich Kautsky abtrat. 1900 war er Führer der österreichischen Delegation beim Internationalen Kongress in Paris, sodann



Dr. Victor Adler.

Vertreter der Partei bei allen späteren Kongressen. Auch in der inneren Politik Oesterreichs war sein Einfluß sehr groß. Als die österreichischen Arbeiter durch den Generalstreik das gleiche Wahlrecht erkämpften, drang Adler mit vielen Sozialdemokraten in den Reichsrat ein. Gegen die Ultimatumspolitik des Grafen Berchtold trat er mit großer Entschiedenheit auf, machte sich aber, als Deutschland in den Krieg verwickelt wurde, die Haltung der deutschen Sozialdemokratie zu eigen.

Letzte Nachrichten.

Die Verteilung der Reichsregierung.

Berlin, 13. Nov. (II) Für die Bearbeitung ihrer Dienstgeschäfte hat die Reichsregierung nachstehende Geschäftsbereiche vorgesehen: Ebert Inneres und Militärisches, Haase Außenwesens und Kolonien, Scheidemann Finanzen, Dittmann Demobilisierung, Berckbrüggen, Rechtspflege, Volksgefundheit, Landsberg Presse und Nachrichtenwesen, Kunst und Literatur, Barth Sozialpolitik.

Die Fortschrittliche Volkspartei und die Lage.

Berlin, 13. Nov. Der geschäftsführende Ausschuß der Fortschrittlichen Volkspartei hat gemeinsam mit Mitgliedern der Reichs- und Landtagsfraktion der Partei einen Aufruf erlassen, in dem es heißt: Die Fortschrittliche Volkspartei erhebt flammenden Protest gegen Waffenstillstandsbedingungen, die ein ganzes Land mit Hunger bedrohen, die allen Voraussetzungen eines Rechtsfriedens Hohn sprechen und einem Völkerverbund von vornherein die äußersten Schwierigkeiten entgegenstellen. Sie rufen die Völker der Kulturwelt auf, noch in letzter Stunde diese unerhörte Vergewaltigung, diesen Triumph des Imperialismus zu verhindern. — Die innere Neugestaltung soll sich in wahrhaft demokratischer Form vollziehen. Eine Volksvertretung darf sich nur auf Volksabstimmung stützen. Deshalb ist sofort nach Beschluß des jetzigen Reichstags in freier Abstimmung von Männern und Frauen die Nationalversammlung zu wählen, die über staatliche Grundfragen entscheidet. Zum Schutze der Minderheiten bedarf es dabei überall der Verhältnismäßigkeit. Aufgabe der so geschaffenen Volksvertretung und der aus ihr zu bildenden Regierung ist die Wahrung und Stärkung der Reichseinheit und der Aufbau der Verfassung unter Anerkennung des gleichen Rechts für Alle. Jede wie immer geartete Diktatur und Klassenherrschaft ist zu verwerfen.

Die Entente und Solfs Appell.

Amsterdam, 13. Nov. (II) Im Anschluß an den Appell von Dr. Solf an Wilson, in dem erklärt wird, daß die Waffenstillstandsbedingungen, insbesondere die Aufrechterhaltung der Blockade die Bevölkerung Deutschlands mit Aus Hungertod bedrohen, wird von englischer Seite darauf hingewiesen, daß Artikel 16 des Waffenstillstandes folgende Bestimmung enthalte: Die Alliierten und die Vereinigten Staaten sind auf die Lebensmittelversorgung Deutschlands während des Waffenstillstandes, soweit diese sich als notwendig erweist, bedacht. — Clemenceau sagte in einer Ansprache an die Journalisten, daß Deutschland mit der Kapitulation gewartet habe, bis es völlig erschöpft gewesen sei und nicht imstande sei, sich selbst mit Lebensmitteln zu versehen. Weil die Lage Deutschlands und Oesterreichs hoffnungslos ist, helfen wir, soviel wir können, denn wir führen den Krieg für und nicht gegen die Menschheit.

Landesstimmen zu den Waffenstillstandsbedingungen.

Stockholm, 11. Nov. (BB) Die Waffenstillstandsbedingungen der Entente werden durchweg als überaus hart bezeichnet und scharf verurteilt. Sogar Branting nennt sie im „Sozialdemokraten“ erschreckend und hofft, daß wenigstens die Blockade in einiger Zeit gemildert werden könne. „Dagens Nyheter“ schreibt: „Die Bedingungen stimmen so ziemlich mit dem überein, was man früher in der Northcliffe-Presse gelesen hat. Man weiß ja, daß Deutschland außerstande ist, noch kräftigen Widerstand zu leisten und beschließt daher, es den Völkern der Demütigung bis zur Neige leeren zu lassen. Die alte Geschichte vom Uebermut des Siegers wiederholt sich immer wieder.“ — „Svenska Dagbladet“ sagt: „Wenn man die Bedingungen liest, so sieht man sich gegenüber einem Ausbruch von Raserei und nicht gegenüber einem Dokument, das in den verantwortungsvollen Stunden der Weltgeschichte von einigen Männern formuliert wurde, welche die größte Verantwortung tragen. Diese Kreise sprechen von einem Kreuzzug der Zivilisation gegen den Bolschewismus. Der Wille, Deutschland zu vernichten, tritt mit unüberhüllter Klarheit hervor. Das neue Deutschland muß erfahren, daß es ohne Macht ein an Händen und Füßen gefesselter Opfer seiner Sieger ist, die die unumschränkte Gewalt über sein Leben fordern.“

Revolution in Brüssel?

Haag, 13. Nov. (II) Wie vorliegende Meldungen besagen, ist in Brüssel die Revolution ausgebrochen. Einzelheiten fehlen. Auf dem Truppenübungsplatz Beverloo sei es zwischen deutschen Truppen infolge revolutionärer Zwischenfälle zu schweren Gefechten gekommen. (Eine Bestätigung dieser nach Holland gelangten Gerüchte bleibt abzuwarten.)

Verstärkung des Eisenbahnverkehrs.

Berlin, 13. Nov. (II) Der Eisenbahnverkehr nach und von allen Teilen des Reiches ist heute verstärkt worden. Der Reiseverkehr wickelt sich ohne jede Störung ab, nur sind alle Züge stark überfüllt und treffen mit großen Verspätungen ein. Noch im Laufe dieser Woche werden täglich neue Schnell- und Personenzüge eingestellt. Auch der Güterverkehr, soweit er den Transport von Lebensmitteln, Rohlen und sonstigen wichtigen Produkten betrifft, vollzieht sich durchaus einwandfrei.

Der frühere Kronprinz in Maastricht.

Berlin, 13. Nov. (II) Nach einer der „Vossischen Zeitung“ in später Nachtstunde zugehenden Drahtnachricht soll der Kronprinz gestern nachmittags 11 Uhr 25 Min. nach Maastricht eingetroffen und im dortigen Gouvernement untergebracht worden sein. Er hat sich an die Königin mit der Bitte gewandt, ihm ein kleines, einfaches Haus anzuweisen, in dem er die Gastfreundschaft Hollands genießen kann.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Beck.

Anzeigen.

Hauschlachtungen

werden ausgeführt und Bestellung entgegengenommen.

Hermann Deuster, Metzgermeister, Herborn, Ottostraße Nr. 9.

Bekanntmachung.

Vom 15. November ab werden Pakete mit Wertangabe bis 100 Mark unter vereinfachten Bedingungen zur Postbeförderung angenommen. Für die Verpackung und den Verschluß gelten die Vorschriften für gewöhnliche Pakete. Der Wert ist nur auf der Paketkarte, nicht auch auf dem Pakete, anzugeben. Die Pakete brauchen nicht versiegelt zu sein.

Die Sendungen sind bei der Annahmestelle des Postamts für gewöhnliche Pakete (Eingang Augustastrasse) abzuliefern.

Milchseparatoren, Buttermaschinen, Wendepflüge aller Art, Obstpressen, Rübenschnneider, Brockelmühlen, Futterschneidmaschinen,

Räucherapparate (Qualm)

sosort ab Lager lieferbar.

Reparaturen aller landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte. Autogen-Schweißung d. kompliziertesten Brüche

Filterfabrik Roth (Dillkreis).

Empfehle

mein reichhaltiges Lager in

Weihnachtsspielsachen

im früheren

Konsum in Breitscheid.

Heinr. Holländer.

Verkaufe von Montag (Martini Markt) ab einen Posten

Männer-, Frauen- und Schüler-Holzschuhe.

Karl Järber, Herborn,

Telephon 216. Schmäler Weg 7.

2 Zimmerleute u. Plazarbeiter

sosort gesucht.

Wilhelm Reuter, Herborn.

32 Stück Milchseparatoren

(Marke Melette) 100 und 240 Liter Stundenleistung mit Eisenständer,

garantiert reine Friedensware, sowie

10 kleinere Maschinen

(für 1 Kuh) sosort ab Lager lieferbar.

Karl Sahm, Gusterhain (Dillkreis).

Größere Anzahl

Arbeiter

für unsere verschiedenen Betriebe zum sofortigen Eintritt gesucht.

W. Ernst Haas & Sohn, Neuhofnungshütte bei Sinn.

Ein zuverlässiges

Mädchen,

welches gedient hat, auf sosort oder Weihnachten gesucht. Waisfrau und Hilfe vorhanden.

Frau Ed. Berkenhoff.

Ein

Patent-Bettsopha

sowie

eleg. Plüschsopha

empfehlen

Carl Bömpfer, Herborn, Bahnhofstr. 15.

Puppenwagen

nach gut erhalten zu kaufen gesucht.

Dillstraße 7.

Särge

eichen, kiefern, Zink-särge stets auf Lager. Uebernahme von Ueberführungen.

Louis Krauskopf, Dillenburg.